

Außerordentlicher Kreisparteitag am 21.11.2014 in Selent

Dringlichkeitsantrag: Regionsverträglicher Ausbau der B 404 zur A 21

**Antragsteller: SPD-Ortsverein Barkauer Land
SPD-Ortsverein Boksee**

Der Kreisparteitag vom 21.11.2014 beschließt folgenden Antrag:

Der Kreisparteitag fordert die zuständigen Landesbehörden auf, den Ausbau der B 404 zur A 21 im Bereich des Barkauer Landes regionsverträglich zu gestalten und dabei neben den regionalen Entwicklungszielen auch die geltenden Landespläne und die dort aufgeführten Ziele und Grundsätze zu beachten.

Die geplante Ortsverbindungsstrecke Nettelsee - Warnau – Kirchbarkau - Klein Barkau - Boksee - Kiel ist von zentraler Bedeutung für die siedlungsstrukturelle Entwicklung der Gemeinden im Barkauer Land. Bei der Planung sind daher neben den in der Region bestehenden Entwicklungsvorstellungen ganz besonders die im Landesentwicklungsplan (LEP) aufgeführten Grundsätzen zur Verbesserung der ÖPNV-Bedienung, zur Förderung des Radverkehrs und zur besonderen Gewichtung bei der Anbindung und der Verknüpfung der Gemeinden an die und mit den zentralen Orten zu beachten. Da die Ortsverbindungsstrecke außerdem Bestandteil des Buslinien-Grundnetzes gemäß dem landesweiten Nahverkehrsplan (LNVP) ist, sind auch die daraus resultierenden Anforderungen zu erfüllen.

Der Kreisparteitag fordert die Landesbehörden daher auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Ortsverbindungsstrecke diesen Zielen und Grundsätzen entsprechend geplant wird. Dazu ist sie in der Nord-Süd-Ausrichtung bevorrechtigt zu führen und mit einer 6,5 m breiten Fahrbahn und einem seitlich angeordneten Geh-/Radweg auszustatten.

Die Beachtung des o.a. Forderungskataloges entspricht der aktuellen Landesentwicklungsstrategie 2030 und den im neuen Landesentwicklungsplan dargelegten Handlungsansätzen für die Entwicklung ländlicher Räume im Dialog mit den Akteuren vor Ort.

Begründung:

Die 11 Gemeinden des Barkauer Landes bemühen sich seit nun fast 15 Jahren zusammen mit dem Bürgerverein Barkauer Land e.V. und dem SPD-Ortsverein Barkauer Land um eine regional verträgliche Gestaltung des Ausbaus der B 404 zur A 21. Sie tun dies aktuell auch im zur Zeit laufenden Planfeststellungsabschnitt Klein Barkau bis Nettelsee. Sie tun dies dort insbesondere auch vor dem Hintergrund eines für den Bereich des Barkauer Landes geplanten Struktur- und Entwicklungsmodelles. In diesem Struktur- und Entwicklungsmodell sollen u.a. siedlungsstrukturelle Zielvorstellungen für diesen Teil des Verdichtungsraum der Landeshauptstadt Kiel entwickelt und konkretisiert werden, um dem demografischen Wandel und seinen Folgen planerisch zu begegnen.

Die eigentliche A 21 war und ist in diesem Zusammenhang immer unproblematisch und wurde dementsprechend auch von der Region akzeptiert. Dies gilt jedoch leider nicht für die parallel zur A 21 geplante Ortsverbindungsstrecke. Auf ihr sollen alle nicht Autobahn tauglichen Verkehre und Teile des Umleitungsverkehres bei A 21–Sperrungen/Teilsperren abgewickelt werden. Sie ist derzeit nicht in der Nord-Süd-Orientierung bevorrechtigt, nur 5,50 m breit und ohne seitlichen Geh-/Radweg geplant und damit als sichere und funktionsgerecht gestaltete „Von Ort zu Ort-Verbindung“ für landwirtschaftliche Fahrzeuge, Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger nicht geeignet. Besonders gravierend ist zudem, dass der ÖPNV auf der Linie Kiel-Bad Segeberg-Kiel auf dem geplanten Querschnitt nicht behinderungsfrei abgewickelt werden kann. Die Ortsverbindungsstrecke entspricht damit nach derzeitigem Planungsstand in keiner Weise den Anforderungen, die an eine zukünftige und für die siedlungsstrukturelle Entwicklung im Barkauer Land besonders bedeutsame Kreisstraße zu stellen sind.

Die Gemeinden des Barkauer Landes und die beim Kreis Plön zuständigen Stellen haben dies in ihren Stellungnahmen im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens deutlich gemacht und u.a. eine Straßenbreite von 6.50m und einen seitlich geführten Geh-/Radweg gefordert. Im Rahmen des im laufenden Verfahrens am 10.07.2014 durchgeführten Erörterungstermines wurden die Bedenken nochmals fachlich untermauert. Außerdem wurde nochmals auf die beim Kreis zum Querschnitt der Ortsverbindungsstrecke gegebene Beschlusslage hingewiesen. Leider war der Vorhabenträger im Erörterungstermin nicht dazu bereit, sich mit den vom Kreis Plön und den Barkauer Land-Gemeinden vorgebrachten Fakten argumentativ auseinanderzusetzen.

Die Gemeinden des Barkauer Landes haben nach Würdigung der Ergebnisse des Erörterungstermines und in großer Sorge um die weitere Entwicklung beschlossen, zur Durchsetzung ihrer Forderungen rechtlichen Beistand zu suchen. Sie wollen noch vor dem Planfeststellungsbeschluss in engem Schulterschluss mit dem Kreis Plön per Anwaltsschreiben um einen Gesprächstermin bei der Planfeststellungsbehörde bitten, um dort nochmals die Ernst- und Sinnhaftigkeit der gemeindlichen Bemühungen auch dieser Behörde gegenüber zu dokumentieren.

Die SPD-Ortsvereine Barkauer Land und Boksee wollen die Gemeinden des Barkauer Landes weiterhin bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen unterstützen und legen dazu den o.a. Antrag zur Beschlussfassung durch den Kreisparteitag vor.